

8.

Der amtsrichterliche Strafbefehl und die Staatsanwaltschaft.

Von Dr. Hans Ulrich in Meiningen.

Die amtsrichterlichen Strafbefehle, die früher in der Tätigkeit der Amtsgerichte nur eine ziemlich untergeordnete Rolle spielten, haben durch das Gesetz zur Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 21. Oktober 1917 ganz außerordentlich an Bedeutung gewonnen. Denn dieses Gesetz hat bekanntlich das Anwendungsgebiet der amtsrichterlichen Strafbefehle ganz wesentlich erweitert. Dadurch sind aber auch die Mängel des gesetzlich festgelegten Verfahrens weit deutlicher und fühlbarer hervorgetreten als früher. Vor allem sind es die starren Bestimmungen des § 448 StPD., der die Befugnisse des Amtsrichters der Staatsanwaltschaft gegenüber abgrenzen soll, die den Richter in dem Verfahren bei amtsrichterlichen Strafbefehlen über Gebühr einengen und der Staatsanwaltschaft gegenüber in eine oft unwürdige und unerquickliche Stellung bringen. Denn § 448 StPD. bestimmt kategorisch, der Amtsrichter hat dem von der Staatsanwaltschaft gestellten Antrag auf Erlass eines Strafbefehls und der Festsetzung einer bestimmten Strafe zu entsprechen, wenn der Erlassung des Strafbefehls Bedenken nicht entgegenstehen. Findet der Amtsrichter Bedenken (heißt es im zweiten Absatz dieser Vorschrift), die Strafe ohne Hauptverhandlung festzusetzen, so ist die Sache zur Hauptverhandlung zu bringen. Dasselbe gilt, wenn der Amtsrichter eine andere als die verlangte Strafe festsetzen will, und die Staatsanwaltschaft bei ihrem Antrag beharrt. Gerade diese Bestimmung über die Festsetzung der Strafhöhe zeitigt nun die bedenklichsten Folgen. In der Praxis hat der Richter — und das ist ja auch ganz natürlich — sehr häufig eine von der Staatsanwaltschaft abweichende Meinung darüber, welche Strafe in dem Einzelfall als ausreichend und angemessen anzusehen ist. Er gibt also die Akten mit dem Antrag an die

Staatsanwaltschaft zurück, diese möge sich mit Herabsetzung oder Erhöhung der von ihr beantragten Strafe einverstanden erklären. Der Richter muß dann damit rechnen — und in Wirklichkeit kommt es häufig genug vor — daß er die Akten mit dem kurzen Bemerken zurückhält, daß die Staatsanwaltschaft keine *Verfassung* habe, von ihrem ursprünglichen Antrag betreffend Strafhöhe abzugehen. Ja die Staatsanwaltschaft hat es nach dem Gesetz noch nicht einmal nötig, ihren abweichenden Standpunkt zu begründen. Der Richter kommt dann in eine schwierige Lage, in der er von zwei Übeln das eine wählen muß. Will er seiner abweichenden Auffassung zu ihrem Rechte verhelfen, so muß er die Sache zur Hauptverhandlung bringen, in der er seine richterliche Überzeugung zur Geltung bringen kann. Aber er schlägt der Tendenz des Gesetzes, einfache Strafsachen nach Möglichkeit durch ein besonderes einfaches Verfahren zu erledigen, um die Gerichte dadurch zu entlasten, geradezu damit ins Gesicht. Will er es dagegen vermeiden, die Sache vor das Schöffengericht zu bringen und den ganzen Gerichtsapparat deswegen in Bewegung zu setzen, so muß er eben seine richterliche Überzeugung insoweit opfern. Die Gefahr liegt nahe, daß ein Richter, der mit Anträgen an die Staatsanwaltschaft, sich mit Abänderung der beantragten Strafe einverstanden zu erklären, dort einmal oder mehrmals keine Gegenliebe gefunden hat, resigniert weitere Versuche aufgibt und die beantragten Strafbefehle mechanisch erläßt, manchmal vielleicht in der stillen Hoffnung, daß der Bestrafte gegen ihm (dem Richter) zu hoch erscheinende Strafen sich schon im Wege des Einspruchs regen und sein Recht dann vor Gericht schon selbst vertreten werde. Bei stark beschäftigten Gerichten wäre es schon praktisch kaum durchführbar, bei abweichender Auffassung über die Bemessung der Strafe alle diese kleinen Sachen zur Hauptverhandlung zu bringen, und der Richter schon deshalb mehr oder weniger gezwungen, in solchen Fällen es bei der von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafe bewenden zu lassen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß der Richter der Staatsanwaltschaft gegenüber freier und unabhängiger gestellt werden muß. Sein Einfluß auf die Bemessung der Strafe muß schon deshalb größer sein, weil er es doch ist, der den Strafbefehl unter seiner Verantwortung erläßt. Kommt die Sache zur Hauptverhandlung, so ist der Richter doch auch völlig frei von

dem Antrag der Staatsanwaltschaft und die Entscheidung ist in sein Ermessen gestellt. Durch die jetzige gesetzliche Regelung ergibt sich für alle Fälle, in denen zwischen Staatsanwaltschaft und Richter keine gütliche Einigung erzielt wird, mit Bestimmtheit ein unbefriedigendes Ergebnis:

Entweder bringt der Richter die Sache zur Hauptverhandlung und macht damit die ganze als abgekürzt und vereinfacht gedachte Verfahrensart gegenstandslos, oder aber er erläßt den Strafbefehl gegen seine innere Überzeugung. Eine gesetzliche Regelung dahin, daß dem Richter die Befugnis zusteht, eine Strafe festzusetzen, die von der durch die Staatsanwaltschaft beantragte abweicht, erscheint deshalb durch Abänderung des § 448 StPD. geboten. Ehe das geschehen ist, könnte schon viel im Verwaltungs- bzw. Verordnungsweg erreicht werden. Für die Staatsanwaltschaften könnten allgemeine Richtlinien aufgestellt werden, daß sie bezüglich der Straffestsetzung im Verfahren bei amtsrichterlichen Strafbefehlen den richterlichen Abänderungsvorschlägen nach Möglichkeit entgegenzukommen und einen ablehnenden Standpunkt ausreichend zu begründen haben. Dieser Weg erscheint fürs erste recht außergewöhnlich. Er ist aber gerade auf strafprozessualen Gebiete seit der Revolution, vor allem in Preußen und Bayern, schon mehrfach mit Erfolg beschritten worden. Ich erinnere nur an die allgemeine Verfügung des preußischen Justizministers über die Anwendung der Untersuchungshaft vom 18. Dezember 1918.